



Europäisches Parlament

WIR IN  
EUROPA  
@Freitagsmail



Bayern  
SPD

# NEUES AUS DEM EU-PARLAMENT

## VON KERSTIN WESTPHAL

KW 48

### Regelbruch auf Kosten der Verbraucher ahnden

#### Abgasaffäre - Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland

Die Europäische Kommission hat ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland und sechs weitere Mitgliedstaaten eröffnet. „Es ist ein Erfolg für den Untersuchungsausschuss im Europaparlament, dass die EU-Kommission zur Abgasaffäre tätig wird. Wenn Unternehmen auf Kosten der Verbraucherinnen und Verbraucher Regeln brechen, dann muss das Konsequenzen nach sich ziehen“, so Ismail Ertug, verkehrspolitischer Sprecher der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament. „Endlich setzt Industriekommissarin Elżbieta Bienkowska ihre Ankündigung aus dem Ausschuss um. Bereits seit mehr als sieben Jahren hätten die EU-Mitgliedstaaten für Trickserien wie etwa bei VW abschreckende Strafen einführen müssen – und niemand hat das offenbar kontrolliert.“

[Hier weiterlesen...](#)

### Kosten für Atomkraft nicht auf Bürger abwälzen

#### Urteil: Regierung muss Energiekonzerne entschädigen

„Die Kosten für die Nutzung der Atomkraft und deren Entsorgung dürfen nun nicht auf die Bürgerinnen und Bürger abgewälzt werden, nachdem die Energiekonzerne jahrzehntelang gut an den Anlagen verdient haben“, sagt Martina Werner, energiepolitische Sprecherin der Europa-SPD.

„Kanzlerin Merkel trägt die Hauptverantwortung für diese Situation“, stellt Martina Werner, MdEP, klar. „Das Prinzip Zwei-Schritte-vor-ein-Schritt-zurück beim Atomausstieg hat rechtliche Unsicherheit verursacht. Es hat keine Klare Linie gegeben bei der einseitigen Aufkündigung des Atomkompromisses der rot-grünen Regierung durch CDU und FDP und bei dem beschleunigten Ausstieg im Anschluss an die Katastrophe von Fukushima. Das war ein Zick-Zack-Kurs der Kanzlerin gegen jede Investitionssicherheit in der Energiewirtschaft. [Hier weiterlesen...](#)“

### Startschuss für „Europäische Säule sozialer Rechte“

#### Mit sozialer Fairness Vertrauen in die EU zurückgewinnen

Wir stehen für klare Regeln bei Arbeitsrechten, Krankenversicherung und Sozialschutz - das sind unsere Anforderungen für die Europäische Säule sozialer Rechte. Ich begrüße diese Initiative der EU-Kommission zur Weiterentwicklung der sozialen Dimension der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Dass der Populismus in Europa so im Aufwind ist, dass der Zusammenhalt Europas derzeit so in Frage gestellt wird, ist letztlich eine Debatte um genau diese sozialen Rechte. Viele Menschen fühlen sich abgehängt.

[Hier weiterlesen...](#)

## In eigener Sache: Neuer Mitarbeiter im Europabüro Würzburg Simon Hupfer ist für Öffentlichkeitsarbeit zuständig

In meinem Würzburger Europabüro hat **Simon Hupfer** die Stelle als Referent für PR- und Öffentlichkeitsarbeit übernommen. Zuletzt war Simon Pressereferent im Büro von Andreas Schwarz, MdB, in Bamberg. Zuvor war er elf Jahre bei der U.S. Garrison Bamberg im Marketing sowie in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit tätig.



**Simon Hupfer**

Simon Hupfer hat in Bamberg Diplom-Germanistik und Kommunikationswissenschaften studiert und besitzt langjährige Erfahrung im Bereich Presse, Hörfunk und Social Media Management. Daneben war er als freier Journalist und Ghostwriter tätig. In seinem Beruf hat er sich in verschiedenen Medien vor allem auf soziale Themen spezialisiert. An der Universität Bamberg war er als Gastdozent für Desktop Publishing und Journalistische Darstellungsformen am Lehrstuhl für Kommunikationswissenschaften tätig. Mit seiner Frau und seinen beiden Söhnen lebt er in Bischberg bei Bamberg. Herzlich Willkommen im Team „Kerstin Westphal“!

## Frauenhäuser in Bayern brauchen solide Finanzierung Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion machen Druck auf die Staatsregierung



**Simone Strohmayr (2. v. r.) im Gespräch mit Vertretern des SkF Würzburg, der AWO und Wildwasser e.V.**

Freitags berichte ich ja normalerweise immer über europäische Themen. Das Thema der unzureichend finanzierten bayerischen Frauenhäusern ist mir als AsF-Vorsitzende in Schweinfurt ein großes Anliegen. Die Finanzierung von Frauenhäusern in Bayern muss dringend verbessert werden. Die AsF hat ihre Kampagne „Let's face it“ angeschoben, um erneut auf die prekäre Finanzierungssituation hinzuweisen.

Am vergangenen Montag haben sich unterfränkischen Sozialverbände in Würzburg zu Wort gemeldet. Vom lang versprochenen neuen Gesamtkonzept der bayerischen Sozialministerin ist noch nichts angekommen. Im Gegenteil: der Haushaltsausschuss hat einer Erhöhung der Mittel für Frauenhäuser nicht zugestimmt, obwohl dem Sozialministerium seit Februar eine entsprechende Bedarfsermittlungstudie vorliegt. Das Ergebnis der Studie bestätigt, was die AsF und die SPD Fraktion schon lange wissen und auch immer wieder vorbringen: Das Geld reicht hinten und vorne nicht aus, um gewaltbetroffene Frauen vor ihren Peinigern zu schützen. Gemeinsam mit **Georg Rosenthal** und **Simone Strohmayr**, die bei dem Gespräch in Würzburg anwesend waren, bin ich der Meinung: Wir müssen da jetzt Druck machen!



### Weitere SPD Meldungen aus dem EU-Parlament

[www.spd-europa.de](http://www.spd-europa.de)



**Europabüro Würzburg: Kerstin Westphal, Semmelstraße 46R, 97070 Würzburg**

E-Mail: [kerstin.westphal@ep.europa.eu](mailto:kerstin.westphal@ep.europa.eu) - Telefon: +49 931 4525 3128, Fax +49 931 45253129

[www.kerstin-westphal.de](http://www.kerstin-westphal.de) - [www.facebook.com/kerstin.westphal](https://www.facebook.com/kerstin.westphal) - <https://twitter.com/WestphalKerstin>

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten mailen Sie an: [presse@kerstin-westphal.de](mailto:presse@kerstin-westphal.de)